

# Vossener Zeitung.

Nennundsechzigster Jahrgang.

Mittwoch, 8. März  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. F. Danke & Co.,  
Hanselstein & Vogler,  
Kudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Oestrich  
beim „Zuwaldbank.“

1876.

Annoncen-  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Dresden, Oestrich  
beim „Zuwaldbank.“

Nr. 169.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Berlin 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, finden die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

## Die Nachwahlen zur französischen Deputirten-Kammer

Am 5 März in mehr als 100 Wahlbezirken stattgefunden. Nach dem Wahlergebnisse entscheidet bei diesem zweiten Wahlgang schon die relative Mehrheit der Stimmen, während im ersten Wahlgange ein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich bringen mußte, um als gewählt zu erscheinen. Die Folge der ersten Bestimmung über die zur Wahl genügende Majorität ist gewesen, daß eine jede Partei, die in einem Wahlbezirk mit ihrem Kandidaten beim ersten Wahlgange nicht durchgedrungen war, sich in der Zwischenzeit wohl überlegen mußte, ob sie an ihrem Kandidaten im zweiten Wahlgange festhalten könnte ohne dadurch gerade die Wahl eines ihr besonders unangenehmen Mitbewerbers herbeizuführen, oder ob sie besser daran thäte, unter Aufhebung der von ihr aufgestellten Kandidatur sich mit einer näher stehenden Partei zur Durchführung des von dieser festgehaltenen Kandidaten zu verbünden. Im Allgemeinen kann man sagen, daß die konservative Partei diejenige ist, mit welcher sich zu verbünden jeder anderen Partei am schwersten fällt, wenn nicht etwa in dem betreffenden Wahlbezirk der liberale Einfluß stark vorwiegt und, um sich dessen im Nothfalle zu versichern, von Seiten der Bonapartisten von vorn herein ein liberaler Kandidat aufgestellt wurde.

Das Wahlergebnisse liegt jetzt ziemlich vollständig (aus 102 Bezirken) vor. Nach dem telegraphischen Bericht sind gewählt 11 Konservativ-constitutionelle, 14 Mitglieder des linken Zentrums, 31 Republikaner, 27 Bonapartisten und 9 Legitimisten. Während also die Bonapartisten nicht unbedeutend zugenommen haben, ist doch der allgemeine republikanische Charakter des neuwählten Deputirtenhauses unverändert, vielmehr ist die republikanische Majorität desselben noch verstärkt worden.

Es versteht sich von selbst, daß innerhalb eines großen Kreises von Abgeordneten, die nur dadurch verbunden sind, daß sie sämtlich republikanische Staatsform für die zur Zeit Frankreich annehmbarste halten, sehr mannigfaltige Schattierungen vorkommen. Wie diese republikanische Majorität herbeizuführen, ist ein Ziel, welches von allen Parteien verfolgt wird.

Die republikanische Majorität hat sich innerhalb eines großen Kreises von Abgeordneten, die nur dadurch verbunden sind, daß sie sämtlich republikanische Staatsform für die zur Zeit Frankreich annehmbarste halten, sehr mannigfaltige Schattierungen vorkommen. Wie diese republikanische Majorität herbeizuführen, ist ein Ziel, welches von allen Parteien verfolgt wird.

Die republikanische Majorität hat sich innerhalb eines großen Kreises von Abgeordneten, die nur dadurch verbunden sind, daß sie sämtlich republikanische Staatsform für die zur Zeit Frankreich annehmbarste halten, sehr mannigfaltige Schattierungen vorkommen. Wie diese republikanische Majorität herbeizuführen, ist ein Ziel, welches von allen Parteien verfolgt wird.

## Erneuerung der französischen Handelsverträge.

Am Beginn und gegen die Mitte des nächsten Jahres laufen die Handelsverträge Frankreichs mit England, Belgien, Italien, Desterreich und den Niederlanden ab. In Folge dessen hat der Handelsminister bei den Handelskammern zeitig Anträge gehalten über die Erneuerung derselben. resp. einer Umgestaltung derselben. Mit sehr großer Uebereinstimmung ist von den Handelskammern beantwortet worden, daß die Aufrechterhaltung der bisherigen Verträge und der heutigen Zolltarife, vorbehaltlich einiger kleiner

Änderungen in denselben, das Wünschenswerthe sei, daß jedoch an Stelle der Wertzölle, soweit dies durchführbar, die Gewichtszölle treten müßten.

Der Abschluß von internationalen Handelsverträgen wird gewünscht, um der Industrie die Beständigkeit ihrer Entwicklung und ihrer Fortschritte zu gewährleisten. Die heutigen Zolltarife sind, wie die Industriellen selbst anerkennen, wichtiger in ihrer Bedeutung für die Industrie, als in ihrem fiskalischen Werthe. Sie haben in der That Bedürfnisse und Interessen in der Industrie hervorgerufen, welche ihre Zweckmäßigkeit nicht mehr bezweifeln lassen. Es handelt sich in den Antworten auch nur um Veränderung der Zölle, nicht um deren Aufhebung. Rohstoffe bleiben noch wie vor frei.

Bezüglich der alten Streitfrage über Gewicht- oder Wertzölle wird das Verlangen nach Einführung der ersten durch das bekannte Argument gestützt, daß der Willkür und dem Betrüge dadurch engere Schranken gezogen würden.

Die Wünsche der Handelskammern stimmen mit dem allgemeinen Interesse durchaus überein. Ein Blick auf die Bewegung des Handels seit 1860 zeigt, daß die Verträge sich in der That für Frankreich gut bewährt haben. Im Jahre 1859 wies der Spezialhandel einen Umsatz von 3 907 Mill. Fr. auf, der im Jahre 1865 sich auf 5 730 Mill. Fr. gehoben hat, im Jahre 1869 schon 6 228 Mill. war und im Jahre 1874 endlich die Höhe von 7 625 Mill. Fr. erreichte.

Diese günstige Steigerung tritt in dem Verkehr mit den einzelnen Ländern noch deutlicher hervor. So überstieg der Spezialhandel mit England im Jahre 1859, beim Beginn des Vertrages, nicht 869 Mill. Fr., erhob sich darauf in der Periode, welche dem Abschluß des Vertrages folgte, bis zum Jahre 1865 auf 1 644 Mill. und sank 1869 auf 1 500 Mill., um sich im Jahre 1873 wieder auf 1 522 Mill. und 1874 auf 1 558 Mill zu heben.

Der Werth der mit Belgien ausgetauschten Waaren beschränkte sich vor dem Vertrage von 1861 auf 328 Mill. Fr. und hob sich dann in stetiger ununterbrochener Steigerung bis zum Jahre 1873 auf 945 Mill. Fr.

Der Umsatz mit der Schweiz, der im Jahre 1865 nur 321 Mill. Fr. war, weist in der Tabelle von 1873 eine Höhe von 429 Mill. Fr. auf.

Ganz ähnliche Steigerungen, wenngleich nicht in derselben Ausdehnung, ergeben sich aus den Handelsbeziehungen mit Italien, Desterreich, den Niederlanden, Schweden, Norwegen und Deutschland. Der Werth des Spezialhandels mit dem letzteren ist von 385 Mill. Fr. im Jahre 1865 auf 774 Mill. Fr. im Jahre 1873 gestiegen.

Durch diese Umstände ist nach der Ansicht des Handelsministers der französische Handelspolitik der Weg vorgezeichnet. Mit Italien haben die Verhandlungen bereits begonnen und werden hoffentlich hier wie bei den anderen Mächten, die in diesen Verträgen gleichfalls ihr Interesse finden, zu günstigen Resultaten führen.

Im Einzelnen ist es interessant zu verfolgen, mit welcher Uebereinstimmung die Handelskammern ihre Urtheile abgegeben haben. Für die Erneuerung der Verträge waren 61 Kammern, 14 nur dagegen. Den spezifischen Zöllen gaben 37 Kammern den Vorzug; 12 waren dafür, bei den Wertzöllen zu bleiben. Zu diesen gehören namentlich Baenzennes, Sedan, Narbonne, Montpellier, Rennes und Chateauroux die insbesondere geltend machen, daß eine Verschärfung der Strafen und energischere Verfolgung der Betrügereien den Uebelständen der Wertzölle abhelfen könnten. Die genannten Kammern vertreten vorzugsweise die Textilindustrie; daher ist überläßt die Verwertung des Schiemes der Gewichtszölle nicht auffallend. Uebrigens ist nicht die ganze Textilindustrie unbedingt für die Wertzölle. Die Leinen- und Baumwollen-Industrie schlagen z. B. vor, die Wertzölle anzuwenden für Gegenstände, die schwer klassifizierbar seien, und in denen die Arbeit vorwiege, gestatten dagegen Gewichtszölle bei den Waaren, deren Klassifikation leicht ist. Die Wollenindustrie protestirt mit Hinweis auf das Mißverhältniß zwischen Gewicht und Werth ihrer Artikel energisch gegen jeden Gewichtszoll. (Statist. Korr.)

## Deutschland.

△ Berlin, 6 März. Mit Recht wird von allen Seiten konstatiert, daß die Eisenbahn-Angelegenheit so sehr in den Vordergrund tritt, daß sie als die polykonte Frage des Augenblicks betrachtet werden muß. Wenn vor einigen Tagen die Mittheilung verbreitet worden, daß der Widerstand, den der von maßgebenden Kreisen in Berlin angeregte Plan in den süddeutschen Staaten findet, einen Stillstand oder einen wesentlichen Umkehrpunkt in der Angelegenheit hervorgerufen habe, so ist diese Nachricht schon bestimmt zurückgewiesen worden. Es kann unter den gegenwärtigen Umständen weder von einem Aufgeben des Planes die Rede sein, noch auch liegt in den neueren Vorgängen ein Moment, welches den Fürsten Bismarck veranlassen könnte, seinen Plan aufzugeben oder zu ändern. Es ist daran zu erinnern, daß die Frage im Schoße des preussischen Staats-Ministeriums zunächst durch ein sogenanntes Botum des Fürsten vom 8. Januar an geregelt worden ist. Schon damals wurde gemeldet, daß es sich zunächst nur um die Ueberlassung der preussischen Staatsbahnen und der staatlichen Aufsichtsrechte über die preussischen Privatbahnen an das Reich handle. In dieser Lage befindet sich die Sache auch noch jetzt, und es ist nicht ersichtlich, inwiefern die Erklärungen von Vertretern der Regierung in süddeutschen Kammern, welche speziell die Interessen der benachbarten Länder im Auge haben, auf jene Absicht des preussischen Staats-Ministeriums einen hindernden oder annullirenden Einfluß üben sollten. Sobald das Handels-Ministerium die ihm übertragenen technischen Vorarbeiten vollendet hat, wird die Frage unverweilt zur weiteren Behandlung gelangen. Man kann daher entschieden behaupten, daß die Vorgänge in den süddeutschen Staaten den Stand der Angelegenheit in keiner Weise verändert haben. Wohl aber ist ein Einfluß auf die öffentliche Behandlung der Frage nicht zu verkennen. Es sind durch die erwähnten Erklärungen die politischen Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund getreten und seitdem ist die Erörterung der Frage von allgemein nationalen Gesichtspunkten und Interessen aus auf die Tagesordnung gesetzt worden. In diesem Sinne haben die süddeutschen Staatsmänner sich ein entschiedenes Verdienst erworben, indem sie die Aufmerksamkeit auf diese Seite der Angelegenheit gelenkt haben. — Gestern hat eine Beratung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck stattgefunden. Auf der Tagesord-

nung stand u. A. auch die Beschlußnahme über den Entwurf der neuen Städteordnung. Wie man hört, ist die Vorlage in der aus den kommissarischen Beratungen hervorgegangenen Fassung angenommen worden und soll unverweilt zur Allerhöchsten Sanction vorgelegt werden.

— Der vom Minister des Innern nach Magdeburg gesandte Kommissar Geheimrath Haase ist nach eingehenden Besprechungen mit dem Ober-Präsidenten der Provinz zurückgekehrt. Es stellt sich bis jetzt heraus, daß die von allen Seiten eingehenden reichlichen Spenden der Wohlthätigkeit für das augenblickliche Bedürfniß des Unterhalts der von der Ueberschwemmung Betroffenen ausreicht. Dagegen wird die Fürsorge der Regierung und der Lokal-Autoritäten dringend in Anspruch genommen für die Beschaffung von Wohnungen namentlich für die vielen obdachlosen Arbeiter. Da es unmöglich ist, sofort für so viele Wohngebäude herzustellen, so handelt es sich in erster Linie um Baracken, welche jedoch selbstverständlich möglichst solid und wohlnützlich eingerichtet werden sollen. Wie man erfährt, sind für diesen Zweck schon erhebliche Mittel von Seiten der Regierung angewiesen worden.

BAC. Berlin, 6 März. [Das Kompetenzgesetz] ist am Schlusse der ersten Beratung im Abgeordnetenhaus an eine Kommission verwiesen worden; bei keinem anderen Gesetze wird der Kommission eine so schwierige Arbeit zugemuthet. Die äußere Form des Gesetzes ist bekanntermaßen so schlecht ausgefallen, daß wahrscheinlich der Versuch einer Umgestaltung wird gemacht werden. Selbst die beste Redaktion wird kaum im Stande sein, eine gemeinverständliche Fassung dieses Gesetzes hervorzubringen; aber Vieles kann doch zur Vereinfachung und besseren Ordnung geschehen. Die Kommission wird sich durch das überreiche technische Material bis zu den allgemeinen leitenden Grundsätzen hindurcharbeiten müssen. Auch an solchen Vorschriften, welche allgemeine Gesichtspunkte darbieten, ist dieses Gesetz reicher als die Kreisordnung und die Provinzialordnung. Der alleinige Vortheil gegen jene beiden früheren Gesetze besteht darin, daß jetzt sichere Fundamente für den Bau bereits gewonnen sind. Während bei jenen Gesetzen eine einzelne Abstimmung die Gestalt des ganzen Baues zu verändern im Stande war und auch thatsächlich gegen die ursprünglichen Absichten modifizirt hat, ist jetzt die feste Gestalt gegeben. Selbst die sehr große Abänderung der jetzigen Verwaltungsorganisation, welche in der Auflösung der Abtheilung des Innern bei den Bezirksregierungen besteht, ergibt sich wie eine bloße logische Konsequenz. Die Vertheilung derjenigen Geschäfte, welche einer kollegialischen Behandlung fähig sind, auf Kreisaußschuß, Bezirks- und Provinzialaußschuß, Bezirks- und Provinzialrath macht die Nothwendigkeit einer sofortigen Auflösung unabweisbar; so ist es gekommen, daß der jetzige Gesetzentwurf schon einen Theil der zukünftigen Reform der Verwaltungsorganisation vorweg nimmt. Von einer späteren Erkenntniß, daß der Inhalt des Gesetzes die sofortige Auflösung dieser Abtheilung der Bezirksregierungen notwendig mache, zeugt auch der äußere Umstand, daß die Bestimmungen hierüber an den Schluß des Entwurfes wie bloß angehängt erscheinen und es macht den Eindruck, als ob man erst nach der Redaktion des übrigen Inhaltes sich der Konsequenz bewußt geworden ist und formlos nachgeholt hat, was man bis dahin versäumt hatte. Auch dieser Umstand trägt nicht wenig zu dem unorganischen Aussehen des Gesetzes bei; in Wahrheit darf man nicht mit Unrecht sagen, daß in dem Entwurf mehr der Stoff zu einem Gesetze als ein förmlich ausgearbeitetes Gesetz geboten ist, jedenfalls wird die Kommission auf die formale Gestaltung des Gesetzes eine weit größere als die sonst übliche Arbeit verwenden müssen.

△ Berlin, 7 März. Eine langerstrebte und hochwichtige Erweiterung der Befähigung der deutschen Armee, nämlich die Einführung einer Einheitspatrone für das deutsche Mauser- und das harrische Werder-Gewehr, wird nunmehr als bewirkt bezeichnet. Die Konstruktion derselben wird dem auf dem Gebiet der Gewehrfabrikation rühmlichst bekannten harrischen General von Podewils zugeschrieben und ist den darüber verantwortlichen Mittheilungen zufolge die Einführung dieser neuen Patrone bei der harrischen Armee bereits erfolgt, wozu in der deutschen Armee gegenwärtig noch Versuche mit derselben auf der Schießschule zu Spandau stattgefunden, welchen die Einführung aber ebenfalls bald folgen dürfte. Vermohe gleichzeitig im vorigen Jahre die deutsche und französische Armee in den Versuch eingetreten, sich für den Dienst der Intendantur, der Magazin- und Proviantämter und der Lazarethe schon im Frieden ein Beamtenpersonal heranzubilden, das sich für den Kriegsfalle ausreichend erweisen soll, um mit Eintritt eines solchen die Beamtenstellungen aller der bezeichneten Militär-Verwaltungsweige mit schon vorgeübten Mannschaften besetzen zu können. Bei der französischen Armee wird hierzu speziell auf das Institut der einjährig Freiwilligen zurückgegriffen, dessen Angehörigen die Wahl der Ausbildung mit der Waffe, oder als Beamte dieser Militär-Verwaltungsbehörden freigestellt worden ist. In Deutschland ist hingegen diese Veranlassung auf die gesammten Mannschaften des Beurlaubtenstandes ausgedehnt worden, wobei jedoch überwiegend ebenfalls wohl an die Belegung der bezeichneten Beamtenstellen durch ehemalige einjährige Freiwillige gedacht worden ist, welche dann aber vorausgehend ihre Ausbildung mit der Waffe schon erhalten haben würden. Speziell soll dabei hier wie dort für die Belegung der Beamtenstellen der vorangehenden Verwaltungsweige vorzugsweise auf junge Kaufleute und namentlich solche des Getreide- und Fouragegeschäftes, der Tuch- und Kolonialwaarenbranche und des Viehhandels gerücksichtigt werden. Merkwürdiger Weise hatte trotz der günstigen Aussichten, welche sich für die betreffenden jungen Leute in den Gehalts- und sonstigen Bezügen, wie auch für ein Weiterdienen in den vorbezeichneten Verwaltungsbehörden mit der Eröffnung dieser Vorbereitungskurse verbunden erweisen, im vorigen Jahre die Zahl der Meldungen zur Absolvierung dieser Kurse nicht entfernt den gehegten Erwartungen entsprochen, doch bleibt der Grund davon wohl darauf zurückzuführen, daß der Vortheil, welcher ganz besonders für die ehemaligen einjährig Freiwilligen mit einer derartigen etwaigen späteren Kriegsverwendung verbunden sein würde, noch nicht genügend bekannt geworden ist. Aus Frank-









